-

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Entschädigungsklage bei überlanger Verfahrensdauer
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Überlanges Gerichtsverfahren - Entschädigungsklage - unangemessene Verfahrensdauer - Angemessenheitsprüfung - wertende Gesamtbetrachtung - instanzübergreifende Verrechnung der Vorbereitungs- und Bedenkzeiten - Maßgeblichkeit der Verzögerung des Gesamtverfahrens - Berücksichtigung aller vorgehenden und nachgehenden Instanzen an Landes- sowie Bundesgerichten - Ermittlung der Inaktivitätszeiten - inaktive Zeit zwischen Ladung und Termin - Zuordnung zur Vorbereitungszeit - keine pauschale Anerkennung der Zwischenmonate als Aktivmonate - Verurteilung zu Prozesszinsen ab Rechtshängigkeit - Tenorierung des konkreten Zeitpunkts
Leitsätze	1. Die einer Instanz zur Verfügung stehende, nicht ausgeschöpfte Vorbereitungs- und Bedenkzeit kann entschädigungsmindernd auf eine vorhergehende oder nachfolgende Instanz übertragen werden. 2. Monate zwischen der Ladung und der Durchführung der mündlichen Verhandlung sind von der Vorbereitungs- und Bedenkzeit umfasst, wenn in ihnen keine nach außen erkennbare verfahrensfördernde Aktivität des Ausgangsgerichts erfolgt.
Normenkette	GVG § 198 Abs 1 S 1 ; GVG § 198 Abs 1 S 2 ; GVG § 198 Abs 3 S 5 ; GVG § 198 Abs 6

[Nr 1 Halbs 1](#); [GVG § 200 S 1](#); [GVG § 200 S 2](#); [GVG § 201 Abs 1](#); [SGG § 94 S 2](#); [SGG § 123](#); [SGG § 110 Abs 1 S 1](#); [SGG § 170 Abs 2 S 2](#); [SGG § 202 S 2](#); [BGB § 291 S 1](#)

1. Instanz

Aktenzeichen -
Datum -

2. Instanz

Aktenzeichen L 12 SF 75/18 EK
Datum 19.03.2021

3. Instanz

Datum 24.03.2022

Â

Auf die Revision des Beklagten wird das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 19. März 2021 aufgehoben, soweit der Beklagte verurteilt worden ist, dem Kläger wegen unangemessener Dauer des vor dem Schleswig-Holsteinischen Landessozialgericht geführten Verfahrens [L 8 U 14/14](#) eine Entschädigung von mehr als 800â Euro und Zinsen von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz aus 1600â Euro zu zahlen.

Die Sache wird zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurückverwiesen.

Der Streitwert für das Revisionsverfahren wird auf 800â Euro festgesetzt.

Â

Gründe:

I

Â

1

Zwischen den Beteiligten ist die Entschädigung von Nachteilen infolge einer unangemessenen Verfahrensdauer eines vor dem Schleswig-Holsteinischen LSG geführten Berufungsverfahrens streitig.

Â

In dem Ausgangsverfahren beehrte der Klager die Gewahrung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben von einer Berufsgenossenschaft. Die am 5.9.2012 erhobene Klage wies das SG mit Urteil vom 11.2.2014 ab, das dem Klager am 24.2.2014 zugestellt wurde. Nach der hiergegen am 24.3.2014 eingelegten Berufung des Klagers wurden zunchst Schriftstze gewechselt. Die letzte hierauf bezogene Wiedervorlage beim Berichterstatter des LSG erfolgte am 21.1.2015, ohne dass weitere Verfahrenshandlungen veranlasst wurden. Nach einer Sachstandsanfrage im April 2015 erhob der Klager am 21.4.2016 Vergerungsge. Nachdem ein erster Termin auf Bitten des Klagers aufgehoben wurde, wurde ein neuer Termin mit Vergung der Vorsitzenden vom 15.6.2017 auf den 8.11.2017 bestimmt. Mit Urteil von diesem Tag, dem Klager zugestellt am 12.2.2018, wurde dessen Berufung zurckgewiesen.

Der Klager hat am 11.9.2018 Klage auf Entschdigung wegen unangemessener Dauer (nur) des Berufungsverfahrens erhoben. Das LSG als Entschdigungsgericht hat den Beklagten verurteilt, dem Klager wegen unangemessener Verfahrensdauer des Berufungsverfahrens eine Entschdigung iHv 1600 Euro nebst Zinsen iHv 5 Prozentpunkten ber dem Basiszinssatz ab Rechtshngigkeit zu zahlen. Im Hinblick auf die darber hinausgehende Entschdigungsforderung iHv weiteren 500 Euro hat es die Klage abgewiesen. Zur Begrndung hat das Entschdigungsgericht ausgefhrt, das Berufungsverfahren, auf welches der eingeklagte Entschdigungsanspruch in zulssiger Weise beschrnkt worden sei, sei unangemessen lang gewesen. Insgesamt sei von 16 Kalendermonaten gerichtlicher Inaktivitt auszugehen, die nicht durch eine dem LSG einzurumende Vorbereitungs- und Bedenkzeit abgedeckt seien. Diese Zeit sei wegen der durchschnittlichen Bedeutung und Schwierigkeit des Ausgangsverfahrens mit zwlf Monaten anzusetzen. Eine weitere Minderung der inaktiven Zeiten des Berufungsverfahrens durch Verrechnung mit in erster Instanz nicht genutzten Monaten einer angemessenen Vorbereitungs- und Bedenkzeit sei abzulehnen. Eine Verrechnung sei mit dem Zweck dieser Zeit, eine flexible Handhabung des Verfahrens in jeder Instanz zu ermglichen, nicht vereinbar (*Urteil vom 19.3.2021*).

Mit seiner Revision rgt der Beklagte eine Verletzung von [198 Abs 1 und Abs 6 Nr 1 GVG](#). Das Entschdigungsgericht habe zu Unrecht die Mglichkeit einer instanzbergreifenden Verrechnung der Vorbereitungs- und Bedenkzeit verneint. Denn mageblich sei allein die Gesamtverfahrensdauer. Das SG habe lediglich vier Monate solcher Zeiten beansprucht, weshalb von den

Inaktivitätszeiten des LSG im Ausgangsverfahren weitere acht Monate abzuziehen seien. Zudem sei der Zinsauspruch weder für sich genommen noch unter Berücksichtigung der Entscheidungsgründe vollstreckungsfähig, weil der Zeitpunkt der Rechtshängigkeit und damit der Beginn der Zinszahlungspflicht aufgrund des Urteils nicht bestimmbar sei. Insoweit sei das Urteil nichtig.

Ä

5

Der Beklagte beantragt, das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 19. März 2021 aufzuheben, soweit der Beklagte verurteilt worden ist, an den Kläger wegen unangemessener Dauer des vor dem Schleswig-Holsteinischen Landessozialgericht geführten Verfahrens [L 8 U 14/14](#) mehr als 800 Euro zu zahlen sowie Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit aus 1600 Euro zu zahlen, und die Klage auch insoweit abzuweisen.

Ä

6

Der Kläger beantragt, die Revision zurückzuweisen.

Ä

7

Er verteidigt das angegriffene Urteil des Entscheidungsgremiums.

Ä

II

Ä

8

Die zulässige Revision des Beklagten ist im Sinne der teilweisen Aufhebung des angefochtenen Urteils und Zurückverweisung der Sache insoweit an das Entscheidungsgremium zur erneuten Verhandlung und Entscheidung begründet ([§ 170 Abs 2 Satz 2 SGG](#)). Ob ein über 800 Euro hinausgehender Entschädigungsanspruch des Klägers im vom Entscheidungsgremium zugesprochenen Umfang besteht, lässt sich durch das Revisionsgericht aufgrund fehlender tatsächlicher Feststellungen im angefochtenen Urteil nicht abschließend beantworten.

Â

9

1.Â Gegenstand des Rechtsstreits in der Revisionsinstanz ist das Urteil des EntschÃ¤digungsgerichts nur soweit dem KlÃ¤ger darin ein Ã¼ber 800Â Euro hinausgehender EntschÃ¤digungsanspruch iHv insgesamt 1600Â Euro nebst Zinsen hieraus wegen unangemessener Dauer des Ausgangsverfahrens in der Berufungsinstanz zugesprochen worden ist. Hierauf hat der Beklagte die nur von ihm eingelegte Revision in zulÃ¤ssiger Weise begrenzt. Auf eine EntschÃ¤digung allein wegen der Dauer des Berufungsverfahrens hatte bereits der KlÃ¤ger die EntschÃ¤digungsklage im Rahmen seiner Dispositionsbefugnis (vgl. [Â§ 123 SGG](#)) beschrÃ¤nkt (vgl. zur ZulÃ¤ssigkeit einer solchen BeschrÃ¤nkung BSG Urteil vom 27.3.2020 âÂ BÂ 10Â ÃG 4/19Â RÂ â SozR 4-1720 Â§ 198 NrÂ 19 RdNrÂ 11; BSG Urteil vom 12.2.2015 âÂ BÂ 10Â ÃG 1/13Â RÂ â [BSGE 118, 91](#) = SozR 4-1720 Â§ 198 NrÂ 7, RdNrÂ 21; BVerwG Urteil vom 27.2.2014 âÂ [5Â C 1/13](#) Â DÂ â juris RdNrÂ 11Â ff).

Â

10

2.Â Ob das EntschÃ¤digungsgericht dem KlÃ¤ger zu Recht einen Ã¼ber 800Â Euro hinausgehenden EntschÃ¤digungsanspruch zugesprochen hat, kann der Senat nicht abschlieÃend entscheiden.

Â

11

Das EntschÃ¤digungsgericht ist zwar zunÃ¤chst zutreffend von den in der Rechtsprechung des BSG herausgearbeiteten GrundsÃ¤tzen der PrÃ¼fung einer angemessenen Verfahrensdauer ausgegangen (*dazu unter a*). Jedoch hat es die Vorinstanz zu Unrecht abgelehnt, im Ausgangsverfahren vom SG nicht ausgeschÃ¶pfte, grundsÃ¤tzlich angemessene Vorbereitungs- und Bedenkzeit bei der PrÃ¼fung der angemessenen Gesamtverfahrensdauer zu berÃ¼cksichtigen (*dazu unter b*). In welchem Umfang dies zu geschehen hat, kann der Senat nicht abschlieÃend entscheiden. Insoweit fehlt es âÂ vom Rechtsstandpunkt des EntschÃ¤digungsgerichts aus gesehen folgerichtigÂ an Feststellungen zum Ablauf des Ausgangsverfahrens in erster Instanz (*dazu unter c*).

Â

12

a)Â Das EntschÃ¤digungsgericht ist in seinem Urteil zutreffend von den folgenden GrundsÃ¤tzen ausgegangen:

Ä

13

Nach [Ä§Ä 202 SatzÄ 2 SGG](#) iVm [Ä§Ä 198 AbsÄ 1 SatzÄ 1 und AbsÄ 3 SatzÄ 1 GVG](#) (in der seither unverÄnderten Fassung des Gesetzes Ä¼ber den Rechtsschutz bei Ä¼berlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom 24.11.2011, [BGBlÄ IÄ 2302](#)) wird angemessen entschÄdigt, wer infolge unangemessener Dauer eines Gerichtsverfahrens als Verfahrensbeteiligter einen Nachteil erleidet, wenn er zuvor bei dem mit der Sache befassten Gericht die Dauer des Verfahrens gerÄ¼gt hat.

Ä

14

Die Angemessenheit der Verfahrensdauer richtet sich gemÄÄ [Ä§Ä 198 AbsÄ 1 SatzÄ 2 GVG](#) nach den UmstÄnden des Einzelfalls, insbesondere nach der Schwierigkeit und Bedeutung des Verfahrens sowie nach dem Verhalten der Verfahrensbeteiligten und Dritter. Dar¼ber hinaus ist auch die Verfahrensf¼hrung oder Prozessleitung durch das Ausgangsgericht in die Betrachtung mit einzubeziehen. Denn eine Verletzung des Rechts auf Rechtsschutz in angemessener Zeit hÄngt wesentlich davon ab, ob dem Staat zurechenbare Verhaltensweisen des Ausgangsgerichts zur unangemessenen Dauer des Gerichtsverfahrens gef¼hrt haben. MÄglich sind VerzÄgerungen (vgl. [Ä§Ä 200 GVG](#)), also sachlich nicht gerechtfertigte Zeiten des Verfahrens, insbesondere aufgrund von UntÄtigkeit des Gerichts (stRspr; zB BSG Urteil vom 7.9.2017 â¼Ä BÄ 10Ä ÄG 1/16Ä RÄ â¼ BSGEÄ 124, 136 = SozR 4â¼1720 Ä§Ä 198 NrÄ 16, RdNrÄ 38; BSG Urteil vom 3.9.2014 â¼Ä BÄ 10Ä ÄG 2/13Ä RÄ â¼ BSGEÄ 117, 21 =Ä SozR 4â¼1720 Ä§Ä 198 NrÄ 3, RdNrÄ 34).

Ä

15

Die Angemessenheit der Dauer eines sozialgerichtlichen Verfahrens ist nach der stÄndigen Rechtsprechung des BSG (zB BSG Urteil vom 12.12.2019 â¼Ä BÄ 10Ä ÄG 3/19Ä RÄ â¼ SozR 4-1720 Ä§Ä 198 NrÄ 18 RdNrÄ 31Ä ff; BSG Urteil vom 7.9.2017 â¼Ä BÄ 10Ä ÄG 3/16Ä RÄ â¼ SozR 4â¼1720 Ä§Ä 198 NrÄ 14 RdNrÄ 24Ä f; BSG Urteil vom 3.9.2014 â¼Ä BÄ 10Ä ÄG 9/13Ä RÄ â¼ SozR 4â¼1720 Ä§Ä 198 NrÄ 6 RdNrÄ 25Ä ff) in drei Schritten zu pr¼fen.

Ä

16

Den Ausgangspunkt und ersten Schritt der Angemessenheitspr¼fung bildet die in [Ä§Ä 198 AbsÄ 6 NrÄ 1 GVG](#) definierte Gesamtdauer des Gerichtsverfahrens von der

Einleitung bis zum rechtskräftigen Abschluss. Kleinste im Geltungsbereich des § 10 GG relevante Zeiteinheit ist hierbei der Kalendermonat. In einem zweiten Schritt ist der Ablauf des Verfahrens insbesondere an den von [§ 198 Abs 1 Satz 2 GVG](#) genannten Kriterien zu messen, bei denen es sich um unbestimmte Rechtsbegriffe handelt und die auch unter Heranziehung der Rechtsprechung des BVerfG sowie des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) auszulegen und zu vervollständigenden sind. Soweit das Entscheidungsgeschicht Tatsachen feststellt, um diese Begriffe auszufüllen, hat es einen erheblichen tatrichterlichen Beurteilungsspielraum. Auf dieser Grundlage ergibt erst die wertende Gesamtbetrachtung und Abwägung aller Einzelfallumstände in einem dritten Schritt, ob die Verfahrensdauer die äußerste Grenze des Angemessenen deutlich überschritten und deshalb das Recht auf Rechtsschutz in angemessener Zeit verletzt hat. Dabei ist davon auszugehen, dass vorbehaltlich besonderer Umstände des Einzelfalls die Verfahrensdauer jeweils insgesamt noch als angemessen anzusehen ist, wenn eine Gesamtverfahrensdauer, die zwölf Kalendermonate je Instanz übersteigt, auf vertretbarer aktiver Verfahrensgestaltung des Gerichts beruht (*stRspr*; zB *BSG Urteil vom 17.12.2020* [B 10 A S 1/19](#) R 1 = *SozR 4-1720* [§ 198 Nr 20, RdNr 45](#); *BSG Urteil vom 7.9.2017* [B 10 A S 3/16](#) R 1 = *SozR 4-1720* [§ 198 Nr 14 RdNr 25](#); *BSG Urteil vom 3.9.2014* [B 10 A S 2/13](#) R 1 = *SozR 4-1720* [§ 198 Nr 3, RdNr 27, 46](#)).

Ä

17

Ausgehend von diesen Grundsätzen hat das Entscheidungsgeschicht im ersten Prüfungsschritt festgestellt, dass das Ausgangsverfahren vom Eingang der Klage beim SG am 5.9.2012 bis zur Zustellung des Berufungsurteils an den Kläger am 12.2.2018 gedauert hat (*vgl zur Maßgeblichkeit der Urteilszustellung BSG Urteil vom 10.7.2014* [B 10 A S 8/13](#) R 1 = *SozR 4-1720* [§ 198 Nr 2 RdNr 18 mwN](#)). Das Ausgangsverfahren umfasste somit insgesamt 66 Kalendermonate.

Ä

18

Von den 48 Kalendermonaten des Verfahrens über die am 24.3.2014 beim LSG eingegangene Berufung des Klägers, auf welches dieser sein Entschädigungsbegehren beschränkt hat (*s. dazu oben unter 1.*), hat es im zweiten Prüfungsschritt 28 Monate als Zeiten vollständiger gerichtlicher Inaktivität des LSG gewertet. Zudem hat es eine durchschnittliche Bedeutung und Schwierigkeit des Ausgangsverfahrens angenommen und die den Ausgangsgerichten nach der Rechtsprechung des BSG einzuräumende Vorbereitungs- und Bedenkzeit für das Berufungsverfahren mit zwölf Monaten angesetzt. Letzteres wird mit der Revision nicht angegriffen und auch sonst von den Beteiligten nicht in Frage gestellt. Zugleich ist nicht zu erkennen, dass das

Entschädigungsgericht diesbezüglich seinen Beurteilungsspielraum überschritten hat.

Ä

19

b)Ä Das Entschädigungsgericht hat es jedoch im dritten Schritt der Angemessenheitsprüfung zu Unrecht abgelehnt, im Ausgangsverfahren vom SG nicht ausgeschöpfte, grundsätzlich angemessene Vorbereitungs- und Bedenkzeit bei der Prüfung der angemessenen Dauer des Berufungsverfahrens zu berücksichtigen. Die Notwendigkeit eines solchen Abzugs ergibt sich nicht schon aus den für die Einräumung einer solchen Zeit nach der Rechtsprechung des BSG maßgeblichen Gesichtspunkten (*dazu unterÄ aa*). Jedoch folgt sie aus der gesetzlich angeordneten Angemessenheitsprüfung nach Maßgabe der Gesamtverfahrensdauer (*dazu unterÄ bb*) und für die ständige Rechtsprechung des BSG fort, wonach Zeiten fehlender Verfahrensfürderung durch das Gericht in bestimmten Verfahrensabschnitten durch eine zügige Bearbeitung in anderen Verfahrensabschnitten ausgeglichen werden können (*dazu unterÄ cc*). Vor diesem Hintergrund und mit Rücksicht auf den Haftungsgrund des [Ä§Ä 198 AbsÄ 1 SatzÄ 1 GVG](#) hält der Senat auch eine instanzübergreifende Verrechnung der Vorbereitungs- und Bedenkzeiten für geboten (*dazu unterÄ dd*).

Ä

20

aa)Ä Die für die Einräumung einer Vorbereitungs- und Bedenkzeit in jeder Instanz nach der Rechtsprechung des BSG maßgeblichen Gesichtspunkte gebieten für sich genommen noch keine Übertragung der in einer Instanz nicht ausgeschöpften Zeit in eine andere Instanz.

Ä

21

Nach ständiger Rechtsprechung des BSG ist den Ausgangsgerichten *ÄÄÄ* vorbehaltlich besonderer Umstände des EinzelfallsÄ *ÄÄÄ* eine Vorbereitungs- und Bedenkzeit von bis zu zwölf Monaten je Instanz zuzubilligen, die für sich genommen noch nicht zu einer unangemessenen Verfahrensdauer führt, selbst wenn sie nicht durch konkrete Verfahrensfürderungsschritte begründet und gerechtfertigt werden kann (*zB BSG Urteil vom 7.9.2017 ÄÄÄÄ BÄ 10Ä ÄG 3/16 Ä RÄ ÄÄÄ SozR 4-1720 Ä§Ä 198 NrÄ 14 RdNrÄ 22; BSG Urteil vom 12.2.2015 ÄÄÄÄ BÄ 10Ä ÄG 11/13Ä RÄ ÄÄÄ BSGE 118, 102 = SozR 4-1720 Ä§Ä 198 NrÄ 9, RdNrÄ 33Ä f*). Dies hat der Senat aus der Struktur und Gestaltung des sozialgerichtlichen Verfahrens abgeleitet (*grundlegend BSG Urteil vom 3.9.2014 ÄÄÄÄ BÄ 10Ä ÄG 2/13Ä RÄ ÄÄÄ BSGE 117, 21 = SozR 4-1720 Ä§Ä 198 NrÄ 3, RdNrÄ 45Ä ff*). Er trägt damit dem Umstand Rechnung, dass grundsätzlich jedem

Gericht eine ausreichende Vorbereitungs- und Bedenkzeit zur Ver¹/₄gung stehen muss. Eine gleichzeitige inhaltlich tiefgehende Bearbeitung s¹/₄mtlicher Verfahren, die bei einem Gericht anh¹/₄ngig und einem Richter zugewiesen sind, ist schon aus tats¹/₄chlichen Gr¹/₄nden nicht m¹/₄glich. Sie wird auch von [Art¹/₄ 20 Abs¹/₄ 3 GG](#) und [Art¹/₄ 6 Abs¹/₄ 1 Satz¹/₄ 1 EMRK](#) nicht verlangt (vgl auch BGH Urteil vom 12.2.2015 [â¹/₄â III¹/₄ ZR 141/14](#) [â¹/₄â juris RdNr¹/₄ 33 mwN](#)). Aus dem Anspruch auf Rechtsschutz in angemessener Zeit folgt kein Recht auf sofortige Befassung des Gerichts mit jedem Rechtsschutzbegehren und dessen unverz¹/₄gliche Erledigung. Vielmehr sind Rechtsschutzsuchenden je nach Bedeutung und Zeitabh¹/₄ngigkeit des Rechtsschutzziels und abh¹/₄ngig von der Schwierigkeit des Rechtsstreits sowie von ihrem Verhalten gewisse Wartezeiten zuzumuten. Ebenso sind Gerichte [â¹/₄â](#) unter Beachtung des Gebots effektiven Rechtsschutzes [â¹/₄â](#) berechtigt, einzelne (Ältere und j¹/₄ngere) Verfahren aus Gr¹/₄nden eines sachlichen, rechtlichen, pers¹/₄nlichen oder organisatorischen Zusammenhangs zu bestimmten Gruppen zusammenzufassen oder die Entscheidung einer bestimmten Sach- oder Rechtsfrage als dringlicher anzusehen als die Entscheidung anderer Fragen, auch wenn eine solche zeitliche [â¹/₄â](#)Bevorzugung¹/₄ einzelner Verfahren jeweils zu einer l¹/₄ngeren Dauer anderer Verfahren f¹/₄hrt (BSG Urteil vom 3.9.2014 [â¹/₄â B¹/₄ 10¹/₄ \[Ä¹/₄G 2/13\]\(#\) \[R¹/₄ \\[â¹/₄â BSGE 117, 21 = SozR 4-1720 \\\[Ä¹/₄ 198 Nr¹/₄ 3, RdNr¹/₄ 44 mwN\\\]\\\(#\\\)\\\). An dieser Rechtsprechung h¹/₄lt der Senat nach erneuter Pr¹/₄fung fest \\\(vgl Urteil vom heutigen Tag \\\[â¹/₄â B¹/₄ 10¹/₄ \\\\[Ä¹/₄G 2/20\\\\]\\\\(#\\\\) \\\\[R¹/₄ \\\\\[â¹/₄â zur Ver¹/₄ffentlichung in BSGE und SozR vorgesehen\\\\\\).\\\\\]\\\\\(#\\\\\)\\\\]\\\\(#\\\\)\\\]\\\(#\\\)\\]\\(#\\)\]\(#\)](#)

Ä

22

Ausgehend hiervon ist dem Entsch¹/₄digungsgericht zuzugestehen, dass eine z¹/₄gige Bearbeitung des Verfahrens in der Eingangsinstanz nicht ohne weiteres eine l¹/₄ngere Vorbereitungs- und Bedenkzeit in der Berufungsinstanz erfordert. Soweit darauf hingewiesen wird, dass der Umfang der erstinstanzlich get¹/₄tigten Ermittlungen das Ausma¹/₄ der in der zweiten Instanz noch anfallenden bedinge (Roller, VSSR 2015, 65, 77; R¹/₄hl in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, [Ä¹/₄ 198 VVG RdNr¹/₄ 81, Stand 10.12.2020](#)), kann dies allenfalls eine unwesentliche Verl¹/₄ngerung der notwendigen Vorbereitungs- und Bedenkzeit rechtfertigen. Denn vertretbare gerichtliche Ermittlungen in den Tatsacheninstanzen sind nach den oben dargestellten Grunds¹/₄tzen als Zeiten aktiver Verfahrensgestaltung anzusehen, die nicht zu einer unangemessenen Verfahrensdauer f¹/₄hren. Damit unterscheiden sich diese Zeiten von der Vorbereitungs- und Bedenkzeit, die gerade dadurch gekennzeichnet ist, dass keine nach au¹/₄en erkennbare aktive Bearbeitung des Verfahrens durch das Gericht erfolgt. Zudem hat die Bearbeitungsdauer in erster Instanz regelm¹/₄ig keinen erkennbaren Einfluss darauf, ob Verfahren aus Gr¹/₄nden eines sachlichen, rechtlichen, pers¹/₄nlichen oder organisatorischen Zusammenhangs in zweiter Instanz zusammengefasst und ggf erst nach einer gewissen Zeit gerichtlicher Inaktivit¹/₄t gemeinsam weiter bearbeitet werden. Eine z¹/₄gige Bearbeitung in erster Instanz per se kann kein Anlass daf¹/₄r sein, das Verfahren in der zweiten Instanz nur z¹/₄gerlich zu bearbeiten. Lediglich ein geringeres Gesamalter eines in der Eingangsinstanz

schnell abgeschlossenen Verfahrens kann ein sachlicher Gesichtspunkt dafür sein, die Bearbeitung und Entscheidung dieses Verfahrens in der zweiten Instanz zugunsten anderer, unter Berücksichtigung beider Instanzen älterer Verfahren zurückzustellen.

Ä

23

bb) Dennoch ist die Dauer einer nicht ausgeschöpften, jedoch grundsätzlich angemessenen Vorbereitungs- und Bedenkzeit bei der Ermittlung einer unangemessenen Dauer eines Gerichtsverfahrens instanzübergreifend in Abzug zu bringen. Dies folgt insbesondere aus dem Wortlaut des Gesetzes und der in dessen Begründung zum Ausdruck kommenden Entscheidung des Gesetzgebers, wonach die unangemessene Dauer eines Gerichtsverfahrens anhand von dessen Gesamtdauer und nicht der Dauer einer einzelnen Instanz zu beurteilen ist (*dazu unter*). Dem steht in systematischer Hinsicht weder die nach Bund und Land getrennte Haftungsverantwortung und die dem folgende gerichtliche Zuständigkeit noch die von der Rechtsprechung anerkannte Möglichkeit der Beschränkung des Entschädigungsanspruchs auf eine Instanz des Ausgangsverfahrens entgegen (*dazu unter*).

Ä

24

(1) Maßgeblich für die Beurteilung der angemessenen Dauer eines Gerichtsverfahrens ist nach der insoweit übereinstimmenden Rechtsprechung des BSG und der anderen obersten Gerichtshäufe des Bundes dessen Gesamtdauer (*stRspr*; zB *BSG Urteil vom 17.12.2020* [â B 10](#) [Ä G 1/19](#) *R* [â BSGE 131, 153](#) = *SozR 4-1720* [Ä § 198 Nr 20](#), *RdNr 45*; *BSG Urteil vom 27.3.2020* [â B 10](#) [Ä G 4/19](#) *R* [â SozR 4-1720](#) [Ä § 198 Nr 19](#) *RdNr 11*; *BSG Urteil vom 3.9.2014* [â B 10](#) [Ä G 2/13](#) *R* [â BSGE 117, 21](#) = *SozR 4-1720* [Ä § 198 Nr 3](#), *RdNr 24*; *BVerwG Beschluss vom 4.7.2017* [â 5 B 11/17](#) *D* [â juris RdNr 13](#); *BVerwG Urteil vom 27.2.2014* [â 5 C 1/13](#) *D* [â juris RdNr 12](#); *BVerwG Urteil vom 11.7.2013* [â 5 C 23/12](#) *D* [â juris RdNr 16 f](#); *BGH Urteil vom 5.12.2013* [â III ZR 73/13](#) [â juris RdNr 20 f](#); *BAG Beschluss vom 13.12.2017* [â 5 AZA 84/17](#) [â juris RdNr 7](#); *BFH Urteil vom 20.3.2019* [â X A K 4/18](#) [â juris RdNr 33](#)).

Ä

25

Dies folgt zunächst aus dem Wortlaut des [Ä § 198 GVG](#) und hier insbesondere aus der Legaldefinition des [Ä § 198 Abs 6 Nr 1 Halbsatz 1 GVG](#), wonach ein Gerichtsverfahren jedes Verfahren von der Einleitung bis zum rechtskräftigen Abschluss ist. Hierdurch werden Beginn und Ende des Zeitraums festgelegt, der zur Feststellung einer unangemessenen Dauer eines Gerichtsverfahrens (

[Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1 GVG](#)) bzw des Umstands, dass ein Gerichtsverfahren unangemessen lange gedauert hat (Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GVG), zu betrachten ist. Hinweise für eine Trennung zwischen verschiedenen Instanzen oder Gerichten finden sich dort nicht. In binnensystematischer Hinsicht wird die Bezugnahme auf das Gesamtverfahren zudem durch den Rückschluss aus [Â§Â 198 AbsÂ 3 SatzÂ 5 GVG](#) bestätigt (*BVerwG Beschluss vom 4.7.2017* [â B 11/17](#) *DÄ* *â juris RdNrÂ 13*). Danach ist die Erhebung einer erneuten Verzögerungsfrage erforderlich, wenn sich das Verfahren bei einem anderen Gericht weiter verzögert (*vgl BT-Drucks 17/3802 SÂ 21*).

Â

26

Ein solches instanzübergreifendes Verständnis des Begriffs ein Gerichtsverfahren entspricht auch der Begründung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 17.11.2010, wonach Bezugspunkt für die Beurteilung der angemessenen Verfahrensdauer (â!) grundsätzlich das Gesamtverfahren ist (*BT-Drucks 17/3802 SÂ 18; vgl auch BVerwG vom 4.7.2017* [â B 11/17](#) *DÄ* *â juris RdNrÂ 13*). Dem steht nicht entgegen, dass ausweislich der weiteren Begründung Konstellationen denkbar sind, in denen schon vor Verfahrensabschluss eine unangemessene und irreparable Verzögerung feststellbar ist und in denen daher über die Kompensation für schon eingetretene Nachteile entschieden werden kann, obwohl das Ausgangsverfahren noch nicht beendet ist (*aaO SÂ 18 f, 22*). Deshalb lässt [Â§Â 198 AbsÂ 5 SatzÂ 1 GVG](#) nach Ablauf der Wartefrist die Entschädigungsklage noch während des Ausgangsverfahrens zu (*vgl aaO SÂ 22; BGH Urteil vom 7.11.2019* [III ZR 17/19](#) *â juris RdNrÂ 20; BVerwG Urteil vom 27.2.2014* [â C 1/13](#) *DÄ* *â juris RdNrÂ 13*). Wird eine Entschädigungsklage während des laufenden Ausgangsverfahrens erhoben, gibt [Â§Â 201 AbsÂ 3 SatzÂ 1 GVG](#) die Möglichkeit, das Entschädigungsverfahren auszusetzen.

Â

27

Für ein instanzübergreifendes Verständnis des Gerichtsverfahrens ist des [Â§Â 198 AbsÂ 6 NrÂ 1 GVG](#) spricht darüber hinaus die im Gesetzentwurf bekundete Absicht, mit der Entschädigungsklage und der diese vorbereitenden Verzögerungsfrage einen vom EGMR und BVerfG geforderten Rechtsbehelf zu schaffen (*BT-Drucks 17/3802 SÂ 1, 15 f*) und dabei an die sowohl vom EGMR als auch dem BVerfG entwickelten Maßstäbe anzuknüpfen (*BT-Drucks 17/3802 SÂ 18*). Auch wenn die Rechtsprechung beider Gerichte in Bezug auf den für die Beurteilung der angemessenen Dauer eines Gerichtsverfahrens maßgeblichen Rahmen nicht einheitlich ist (*vgl Lorenz, Die Dogmatik des Entschädigungsanspruchs aus* [Â§Â 198 GVG, 2018, 136 f\), so ist die Gesamtdauer des Verfahrens jedenfalls ein von diesen Gerichten wiederholt hervorgehobener Anknüpfungspunkt \(*zB EGMR Urteil vom 22.3.2012*](#)

â [23338/09](#)â *Kautzor v Deutschland* â *juris RdNr* 83, 94 ff; *EGMR Urteil vom 7.1.2010* â [40009/04](#)â *von KÃ¶ster v Deutschland* â *juris RdNr* 120 ff; *EGMR Urteil vom 2.6.2009* â [36853/05](#)â *Metzele v Deutschland* â *juris RdNr* 45; *BVerfG Beschluss vom 2.12.2011* â [1Ã BvR 314/11](#)â *juris RdNr* 7, 9; *BVerfG Beschluss vom 30.7.2009* â [1Ã BvR 2662/06](#)â *juris RdNr* 20, 32; *BVerfG Beschluss vom 20.7.2000* â [1Ã BvR 352/00](#)â *juris RdNr* 11).

Ã

28

(2)Ã Dem stehen in systematischer Hinsicht weder die nach Land oder Bund getrennte Haftungsverantwortung ([ÃÃ 200 SatzÃ 1 und 2 GVG](#)) und die dem folgende gerichtliche ZustÃndigkeit ([ÃÃ 201 AbsÃ 1 GVG iVm ÃÃ 202 SatzÃ 2 SGG](#)) noch die von der Rechtsprechung anerkannte prozessuale MÃglichkeit einer BeschrÃnkung des EntschÃdigungsanspruchs auf einen Verfahrensabschnitt (vgl hierzu *BSG Urteil vom 27.3.2020* â [BÃ 10Ã ÃG 4/19](#)â *RÃ* â *SozR 4-1720 ÃÃ 198 NrÃ 19 RdNrÃ 11*; *BSG Urteil vom 12.2.2015* â [BÃ 10Ã ÃG 1/13](#)â *RÃ* â [BSGE 118, 91](#) = *SozR 4-1720 ÃÃ 198 NrÃ 7, RdNrÃ 21*; *BVerwG Urteil vom 11.7.2013* â [5Ã C 23/12](#)â *D* â *juris RdNr* 18, 61) entgegen (vgl *ausfÃhrlich Lorenz, Die Dogmatik des EntschÃdigungsanspruchs aus ÃÃ 198 GVG, 2018, 137Ã ff mwN*). Denn materiell-rechtlicher Bezugsrahmen eines derart beschrÃnkten prozessualen Begehrens bleibt gleichwohl das gesamte gerichtliche Verfahren, auch wenn dieses Ãber mehrere Instanzen oder bei verschiedenen Gerichten gefÃhrt worden ist (*BVerwG Beschluss vom 17.8.2017* â [5Ã A 2/17](#)â *DÃ* â *juris RdNr* 26; *BVerwG Urteil vom 27.2.2014* â [5Ã C 1/13](#)â *DÃ* â *juris RdNr* 11). Damit sind stets auch die Verfahrensabschnitte von Bedeutung, die nicht in die Haftungsverantwortung des in Anspruch genommenen RechtstrÃgers fallen (vgl *BVerwG Beschluss vom 4.7.2017* â [5Ã B 11/17](#)â *DÃ* â *juris RdNr* 13; *Ott in Steinbeil-Winkelmann/Ott, Rechtsschutz bei Ãberlangen Gerichtsverfahren, 2013, ÃÃ 198 GVG RdNrÃ 80*). Deshalb ist bei der Bestimmung der Gesamtverfahrensdauer auch das Verfahren vor dem BSG in den Blick zu nehmen, wenn das Ausgangsverfahren â anders als hierâ bis zu ihm gefÃhrt hat (vgl auch *BVerwG Beschluss vom 4.7.2017* â [5Ã B 11/17](#)â *DÃ* â *juris RdNr* 5 und 13).

Ã

29

cc)Ã Eine instanzÃbergreifende BerÃcksichtigung der Vorbereitungs- und Bedenkzeit fÃhrt die stÃndige Rechtsprechung des BSG fort, wonach Zeiten fehlender VerfahrensfÃrderung durch das Gericht in bestimmten Verfahrensabschnitten durch eine zÃgige Bearbeitung in anderen Verfahrensabschnitten ausgeglichen werden kÃnnen. Sie korrespondiert zudem mit der Rechtsprechung der anderen obersten GerichtshÃufe des Bundes.

BSG und BVerwG haben bereits entschieden, dass ein Ausgleich von Verzögerungen in einem späteren Verfahrensabschnitt durch eine besonders zügige Bearbeitung in davor oder danach liegenden Verfahrensabschnitten möglich ist (zB *BSG Urteil vom 3.9.2014* BÄ 10Ä G 2/13Ä RÄ ä BSGE 117, 21 = *SozR 4-1720* Ä 198 NrÄ 3, *RdNrÄ 43*; *BSG Urteil vom 3.9.2014* ä BÄ 10Ä G 2/14Ä RÄ ä *SozR 4-1720* Ä 198 NrÄ 5 *RdNrÄ 44*; *BVerwG Beschluss vom 4.7.2017* ä BÄ 11/17Ä DÄ ä *juris RdNrÄ 13*; *BVerwG Urteil vom 27.2.2014* ä BÄ 1/13Ä DÄ ä *juris RdNrÄ 12*; *zustimmend zB Schenke in Kopp/Schenke, VwGO, 27.Ä Aufl 2021, Ä 173 RdNrÄ 12*; *Kraft in Eyermann, VwGO, 15.Ä Aufl 2019, Ä 173 RdNrÄ 20*; *Lorenz, Die Dogmatik des Entschädigungsanspruchs aus Ä 198 GVG, 2018, 137*; *Frehse, Die Kompensation der verlorenen Zeit* ä *Wenn Prozesse Pause machen, 2017, 803*; *Ott in Steinbeil-Winkelmann/Ott, Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren, 2013, Ä 198 GVG RdNrÄ 101*). Dies umfasst nach der Rechtsprechung des BVerwG ausdrücklich auch einen instanzübergreifenden Ausgleich, im Rahmen dessen mit Blick auf die Gesamtverfahrensdauer durch die zügige Behandlung der Sache in einer Instanz eine etwaige unangemessene Verfahrensdauer in einer anderen (vorangegangenen oder nachfolgenden) Instanz ganz oder teilweise kompensiert werden kann (*BVerwG Beschluss vom 4.7.2017* ä BÄ 11/17Ä DÄ ä *juris RdNrÄ 13*). Dementsprechend hat das BVerwG Zeit, um die ein Verfahren durch das Verwaltungsgericht vor Ablauf des hierfür anzunehmenden Gestaltungszeitraums zum Abschluss gebracht worden war, auf die sachlich nicht gerechtfertigte Verzögerung des Berufungszulassungsverfahrens mindernd angerechnet (*BVerwG Urteil vom 27.2.2014* ä BÄ 1/13Ä DÄ ä *juris RdNrÄ 31*).

Diese Rechtsprechung fußt auf dem allgemein anerkannten Rechtssatz, dass in einem früheren Abschnitt des Verfahrens eingetretene Verzögerungen innerhalb eines späteren Abschnitts kompensiert werden können (*stRspr*; zB *BSG Urteil vom 13.12.2018* ä BÄ 10Ä G 4/16Ä RÄ ä *SozR 4-1500* Ä 92 NrÄ 5 *RdNrÄ 21*; *BSG Urteil vom 3.9.2014* ä BÄ 10Ä G 2/14Ä RÄ ä *SozR 4-1720* Ä 198 NrÄ 5 *RdNrÄ 44*; *BSG Urteil vom 3.9.2014* ä BÄ 10Ä G 2/13Ä RÄ ä *BSGE 117, 21* = *SozR 4-1720* Ä 198 NrÄ 3, *RdNrÄ 43*; *BGH Urteil vom 13.2.2014* ä IIIÄ ZR 311/13Ä ä *juris RdNrÄ 28*; *BGH Urteil vom 5.12.2013* ä IIIÄ ZR 73/13Ä ä *juris RdNrÄ 41*; *BGH Urteil vom 14.11.2013* ä IIIÄ ZR 376/12Ä ä *juris RdNrÄ 30*; *BVerwG Beschluss vom 4.7.2017* ä BÄ 11/17Ä DÄ ä *juris RdNrÄ 13*; *LSG f das Saarland Beschluss vom 8.9.2021* ä LÄ 2Ä SF 3/21Ä EKÄ ASÄ ä *juris RdNrÄ 52*; *LSG Nordrhein-Westfalen Urteil vom 25.11.2020* ä LÄ 11Ä SF 308/18Ä EKÄ UÄ ä *juris RdNrÄ 44*; *ebenso im Schrifttum*; zB *Kissel/Mayer, GVG, 10.Ä Aufl 2021, Ä 198 RdNrÄ 13*; *B.Ä Schmidt in Meyer-*

Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl 2020, Â§Â 202 RdNrÂ 24a; Fock/Schreiber in Fichte/JÄ¼ttner, SGG, 3. Aufl 2020, Â§Â 202 RdNrÂ 16; Roller, VSSR 2015, 65, 77; Dietrich, ZJP 2014, 169, 185; Hofmarksrichter, Rechtsschutz bei Ä¼berlangen Gerichtsverfahren im Lichte der Vorgaben des EGMR, 2017, 60Â f).

Â

32

FÄ¼r eine solche MÄ¼glichkeit spricht bereits der Wortlaut von [Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1 GVG](#), der an die unangemessene Dauer des Gerichtsverfahrens anknÄ¼pft und nicht an die einzelne VerzÄ¼gerung. Zudem korrespondiert dies mit der verfassungsrechtlich fundierten Verpflichtung der Gerichte, bei der Verfahrensgestaltung auch die Gesamtdauer des Verfahrens zu berÄ¼cksichtigen und sich mit zunehmender Dauer nachhaltig um eine Beschleunigung des Verfahrens zu bemÄ¼hen (vgl BVerfG Beschluss vom 2.12.2011 â¼Ä 1Â BvR 314/11Â â¼Ä juris RdNrÂ 7; BVerfG Beschluss vom 30.7.2009 â¼Ä 1Â BvR 2662/06Â â¼Ä juris RdNrÂ 20; BVerfG Beschluss vom 20.7.2000 â¼Ä 1Â BvR 352/00Â â¼Ä juris RdNrÂ 11). Hinzu kommt, dass die nach [Â§Â 198 AbsÂ 3 GVG](#) obligatorische VerzÄ¼gerungsÄ¼ge gerade bei Anerkennung einer KompensationsmÄ¼glichkeit in besonderem MaÄ¼e ihren prÄ¼ventiven Zweck (vgl BT-Drucks 17/3802 SÂ 16, 20; BSG Urteil vom 27.3.2020 â¼Ä BÂ 10Â Ä¼G 4/19Â RÂ â¼Ä SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 19 RdNrÂ 31) erfÄ¼llen kann, trotz ggf bereits eingetretener VerzÄ¼gerungen eine unangemessene Verfahrensdauer insgesamt zu verhindern (vgl Ott in Steinbeil-Winkelmann/Ott, Rechtsschutz bei Ä¼berlangen Gerichtsverfahren, 2013, [Â§Â 198 GVG](#) RdNrÂ 101; Lorenz, Die Dogmatik des EntschÄ¼digungsanspruchs aus [Â§Â 198 GVG](#), 2018, 137Â f). Schlie¼t man nÄ¼mlich die MÄ¼glichkeit eines Ausgleichs einer VerzÄ¼gerung durch die zÄ¼gige Bearbeitung in einem anderen Verfahrensabschnitt aus und wird die VerzÄ¼gerungsÄ¼ge erhoben, wenn das Verfahren bereits verzÄ¼gert ist, kÄ¼nnte sie nur einer weiteren Vertiefung des infolge der VerzÄ¼gerung bereits erlittenen Nachteils entgegenwirken, womit die intendierte prÄ¼ventive Funktion nur sehr eingeschrÄ¼nkt erreicht wÄ¼rde (Ott, aaO). DarÄ¼ber hinaus wurde die MÄ¼glichkeit, einzelne VerzÄ¼gerungen im Verfahrensverlauf wieder auszugleichen, wÄ¼hrend der AnhÄ¼rungen zum Entwurf des Ä¼GG im Rechtsausschuss ausdrÄ¼cklich benannt (Stellungnahme des Generalstaatsanwalts in Bamberg LÄ¼ckemann im Rahmen der Ä¼ffentlichen AnhÄ¼rung zum Entwurf des Ä¼GG, Protokoll der 43. Sitzung des Rechtsausschusses am 23.3.2011, Anhang SÂ 112), ohne dass dies zu Ä¼nderungen am Entwurf gefÄ¼hrt hÄ¼tte. Schlie¼lich entspricht eine solche Kompensation der Rechtsprechung des EGMR (EGMR Urteil vom 22.3.2012 â¼Ä 23338/09 â¼Ä Kautzor v Deutschland â¼Ä juris RdNr 83; EGMR Urteil vom 7.1.2010 â¼Ä 40009/04 â¼Ä von KÄ¼ster v Deutschland â¼Ä juris RdNr 151; EGMR Urteil vom 2.6.2009 â¼Ä 36853/05 â¼Ä Metzle v Deutschland â¼Ä juris RdNr 45; vgl hierzu auch Frehse, Die Kompensation der verlorenen Zeit â¼Ä Wenn Prozesse Pause machen, 2017, 304 ff), an deren MaÄ¼stÄ¼be das Ä¼GG anknÄ¼pfen sollte ([BT-Drucks 17/3802 S 18](#)).

Â

dd) Hiervon ausgehend hält es der Senat für geboten, dass Verzögerungen in einer nachfolgenden Instanz auch durch eine in der Vorinstanz nicht ausgeschöpfte Vorbereitungs- und Bedenkzeit ausgeglichen werden können (sog. *instanzübergreifende Verrechnung der Vorbereitungs- und Bedenkzeiten*); ebenso LSG Berlin-Brandenburg *Gerichtsbescheid vom 6.11.2019* [L 38 SF 323/18 EK AS](#) *juris RdNr 28*; LSG Hamburg *Urteil vom 20.7.2017* [L 1 SF 6/15 EK](#) *juris RdNr 27*; LSG Berlin-Brandenburg *Urteil vom 6.7.2017* [L 37 SF 352/15 EK KR](#) *juris RdNr 87*; Sächsisches LSG *Urteil vom 29.3.2017* [L 11 SF 70/16 EK](#) *juris RdNr 34*; LSG Berlin-Brandenburg *Urteil vom 25.2.2016* [L 37 SF 128/14 EK AL](#) *juris RdNr 58*).

Ä

Wie das BSG wiederholt ausgeführt hat, kann die Vorbereitungs- und Bedenkzeit in mehrere, insgesamt zwölf Monate nicht übersteigende Abschnitte unterteilt sein (BSG *Beschluss vom 30.9.2021* [BÄ 10Ä 2/21Ä BÄ](#) *juris RdNr 13*; BSG *Urteil vom 3.9.2014* [BÄ 10Ä 2/13Ä RÄ](#) [BSGE 117, 21](#) = *SozR 4-1720 Ä 198 Nr 3, RdNr 46*). Die regelmäßig anzunehmende zwölfmonatige Vorbereitungs- und Bedenkzeit für die jeweilige Instanz dabei unabhängig von ihrer Lage noch nicht zu einer unangemessenen Verfahrensdauer (BSG *Urteil vom 7.9.2017* [BÄ 10Ä 3/16Ä RÄ](#) *SozR 4-1720 Ä 198 Nr 14 RdNr 22*). Zudem hat das BSG bereits entschieden, dass eine dreijährige Untätigkeit in der ersten Instanz des Ausgangsverfahrens es rechtfertigen kann, mit Blick auf die besonderen Umstände des Einzelfalls, insbesondere die Kriterien des [Ä 198 Abs 1 Satz 2 GVG](#), von der Zwölfmonatsregel abzuweichen und die dem Berufungsgericht im Regelfall zuzubilligende Vorbereitungs- und Bedenkzeit auf drei Monate zu kürzen (BSG *Urteil vom 12.2.2015* [BÄ 10Ä 7/14Ä RÄ](#) *SozR 4-1720 Ä 198 Nr 10 RdNr 38*).

Ä

Haftungsgrund nach [Ä 198 Abs 1 Satz 1 GVG](#) ist die Verletzung des in [Art 19 Abs 4](#) und [Art 20 Abs 3 GG](#) sowie [Art 6 Abs 1 EMRK](#) verankerten Rechts der Verfahrensbeteiligten auf Entscheidung eines gerichtlichen Verfahrens in angemessener Zeit (BSG *Urteil vom 12.2.2015* [BÄ 10Ä 1/13Ä RÄ](#) [BSGE 118, 91](#) = *SozR 4-1720 Ä 198 Nr 7, RdNr 26*; BSG *Urteil vom 3.9.2014* [BÄ 10Ä 12/13Ä RÄ](#) *SozR 4-1720 Ä 198 Nr 4 RdNr 28*; vgl auch [BT-Drucks 17/3802 SÄ 18](#)). Mit Blick hierauf kann es für den Entschädigungsanspruch nicht darauf ankommen, wie sich die den Gerichten insgesamt zuzubilligenden Phasen ggf auch nur nach außen nicht erkennbarer gerichtlicher Verfahrensführung, also die ihnen jeweils zustehende

Vorbereitungs- und Bedenkzeit, über die einzelnen Verfahrensabschnitte und Instanzen verteilt. Deshalb ist die von einer Instanz nicht ausgeschöpfte Vorbereitungs- und Bedenkzeit auch instanzübergreifend entschädigungsmindernd zu berücksichtigen. Eine unangemessene Verfahrensdauer kann daher nur dann festgestellt werden, wenn die Gesamtdauer eines instanzübergreifenden Gerichtsverfahrens die den Instanzen insgesamt zur Verfügung stehende Vorbereitungs- und Bedenkzeit übersteigt und die darüber hinausgehende Zeit teilweise oder vollständig auf unzureichender Verfahrensführung durch das Gericht beruht. Anderenfalls käme es in Abhängigkeit von der in den jeweiligen Instanzen tatsächlich genutzten Vorbereitungs- und Bedenkzeit bei Verfahren gleicher Schwierigkeit und Bedeutung sowie gleicher Gesamtdauer in einigen Fällen zur Feststellung einer unangemessenen Verfahrensdauer, während in anderen Fällen die Verfahrensdauer als noch angemessen zu bewerten wäre. Auch macht es für die Beteiligten nach Abschluss von zwei Tatsacheninstanzen in der Gesamtschau keinen Unterschied, ob zB in beiden Instanzen jeweils zwölf Monate Vorbereitungs- und Bedenkzeit verbraucht werden oder aber in der ersten Instanz nur vier Monate und in der zweiten Instanz 20 Monate. Insgesamt wären es in beiden Fällen jeweils 24 Monate Vorbereitungs- und Bedenkzeit bei zwei Instanzen. Maßgeblich für die Feststellung der unangemessenen Dauer eines Gerichtsverfahrens bleibt auch hier allein die Gesamtverfahrensdauer. Ebenso wenig nachvollziehbar ist, warum ein Kläger, der ein Verfahren durch zwei Instanzen betreibt, in deren Verlauf es beispielsweise zu insgesamt 28 Monaten Inaktivitätszeiten kommt, entschädigungsrechtlich in Abhängigkeit davon anders stehen sollte, in welchem Verfahrensstadium diese Verzögerungszeiten aufgetreten sind und auf welche Verfahrensabschnitte er letztlich seinen Entschädigungsanspruch begrenzt (vgl. LSG Berlin-Brandenburg vom 6.11.2019 [L 38 SF 323/18 EK AS](#) juris RdNr 28; LSG Hamburg Urteil vom 20.7.2017 [L 1 SF 6/15 EK](#) juris RdNr 27; LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 6.7.2017 [L 37 SF 352/15 EK KR](#) juris RdNr 71; LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 25.2.2016 [L 37 SF 128/14 EK AL](#) juris RdNr 58).

Ä

36

c) Der Senat kann jedoch nicht abschließend entscheiden, in welchem Umfang das Entschädigungsgericht im Ausgangsverfahren vom SG nicht genutzte, grundsätzlich angemessene Vorbereitungs- und Bedenkzeit zugunsten des Beklagten bei der Prüfung der angemessenen Gesamtverfahrensdauer zu berücksichtigen hatte und inwieweit dies einem über 800 Euro hinausgehenden Entschädigungsanspruch des Klägers entgegensteht. Hierzu fehlen vom Rechtsstandpunkt des Entschädigungsgerichts aus folgerichtig notwendige Feststellungen zum Ablauf des Ausgangsverfahrens in erster Instanz und zum Umfang der hierbei vom SG genutzten Vorbereitungs- und Bedenkzeit.

Zum Ausgangsverfahren in erster Instanz festgestellt hat das EntschÃ¼digungsgericht lediglich den Tag des Eingangs der Klage (5.9.2012) und den Tag des Urteils (11.2.2014) sowie seiner Zustellung (24.2.2014). Dadurch steht fest, dass das Ausgangsverfahren in erster Instanz 18Ã¼ Kalendermonate umfasst hat. Zudem hat das EntschÃ¼digungsgericht eine durchschnittliche Bedeutung und Schwierigkeit des Ausgangsverfahrens angenommen. Tatsachen die geeignet wÃ¼ren, die weiteren nach [Â§ 198 Abs 1 Satz 2 GVG](#) relevanten Kriterien zur PrÃ¼fung einer angemessenen Verfahrensdauer auszufÃ¼llen, hat das EntschÃ¼digungsgericht nicht festgestellt. Insbesondere fehlen Feststellungen zu den vom SG im Hinblick auf den Fortgang des Verfahrens getroffenen MaÃ¼nahmen sowie zum Verhalten der Verfahrensbeteiligten. Die hierzu in der RevisionsbegrÃ¼ndung detailliert mitgeteilten Einzelheiten kÃ¼nnen als Vortrag neuer Tatsachen in der Revisionsinstanz keine BerÃ¼cksichtigung finden (vgl BSG Urteil vom 12.9.2019 âÂÂ [B 9 A V 2/18 R](#) âÂÂ [BSGE 129, 87](#) = SozR 4-7190 [Â§ 4 Nr 1, RdNr 34-35 mwN](#)). Zur Nachholung der hiernach erforderlichen Feststellungen bedarf es der Aufhebung des Urteils im mit der Revision angegriffenen Umfang und der ZurÃ¼ckverweisung der Sache insoweit zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das EntschÃ¼digungsgericht.

Im wieder erÃ¼ffneten EntschÃ¼digungsklageverfahren wird das EntschÃ¼digungsgericht auch zu beachten haben, dass die Monate zwischen der Ladung zum Termin und der DurchfÃ¼hrung der mÃ¼ndlichen Verhandlung grundsÃ¼tzlich zu den von der Vorbereitungs- und Bedenkzeit umfassten Zeiten gehÃ¼ren (vgl BSG Urteil vom 12.2.2015 âÂÂ [B 10 A G 7/14 R](#) âÂÂ SozR 4-1720 [Â§ 198 Nr 10 RdNr 37 ff](#), wonach lediglich der Monat der Ladung zum Termin und der Monat der mÃ¼ndlichen Verhandlung zu den aktiven Zeiten gehÃ¼ren). Etwas anderes gilt nur dann, wenn in diesen âZwischen-Monatenâ selbst noch eine nach auÃ¼en erkennbare konkrete verfahrensfÃ¼rdernde AktivitÃ¼t des Ausgangsgerichts (zB rechtliche Hinweise oder VergleichsvorschlÃ¼ge an die Beteiligten) erfolgt. Soweit wie im angegriffenen Urteil zusÃ¼tzlich zur regelmÃ¼Ã¼igen Vorbereitungs- und Bedenkzeit weitere Monate zwischen Ladung und DurchfÃ¼hrung der mÃ¼ndlichen Verhandlung als nicht entschÃ¼digungsrelevant angesehen werden (vgl zB auch Schleswig-Holsteinisches LSG Urteil vom 24.1.2020 âÂÂ [L 12 A SF 48/17 EK](#) âÂÂ juris RdNr 50; LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 24.1.2019 âÂÂ [L 37 A SF 101/18 EK AS](#) [A WA](#) âÂÂ juris RdNr 60; LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 25.2.2016 âÂÂ [L 37 A SF 128/14 EK AL](#) âÂÂ juris RdNr 52, wonach jeweils auch ein weiterer, zwischen dem Monat der Ladung und dem Terminsmonat liegender Kalendermonat als Monat der gerichtlichen AktivitÃ¼t bewertet werden soll), vermag der Senat dem nicht zu folgen (im Ergebnis ebenso LSG Nordrhein-

Westfalen Urteil vom 25.11.2020 [LÄ 11Ä SF 308/18Ä EKÄ UÄ](#) *â□□ juris RdNrÄ 36*; LSG Niedersachsen-Bremen Urteil vom 10.7.2019 [LÄ 13/15Ä SF 12/17Ä EKÄ Ä](#) *â□□ juris RdNrÄ 19*).

Ä

39

Es entspricht der vom Senat zur BegrÄ¼ndung einer regelmÄ¼ßig zwÄ¼lfmonatigen Vorbereitungs- und Bedenkzeit herangezogenen Struktur und Gestaltung des sozialgerichtlichen Verfahrens, dass ein Rechtsstreit gerade in der Zeit nach der Ladung besonders intensiv bearbeitet und durchdacht wird, um die anberaumte Verhandlung vorzubereiten, ohne dass dies nach auÄ¼ßen als AktivitÄ¼t des Gerichts erkennbar wÄ¼re. In Berufungsverfahren wie dem hier streitgegenstÄ¼ndlichen Ausgangsverfahren wird Ä¼blicherweise und in nicht zu beanstandender Weise erst wÄ¼hrend dieser Zeit vom Berichterstatter ein schriftlicher Entscheidungsvorschlag (Votum) erstellt und mit den weiteren Berufsrichtern des Senats diskutiert. Eben diesen notwendigen internen Arbeiten des Gerichts und der gebotenen richterlichen Dispositionsfreiheit im Ä¼brigen Verfahrensablauf wird durch die Anerkennung einer nicht entschÄ¼digungsrelevanten Vorbereitungs- und Bedenkzeit Rechnung getragen. Dabei hat der Senat stets betont, dass der konkrete Umfang der im Einzelfall noch angemessenen Vorbereitungs- und Bedenkzeit mit Blick auf dessen besondere UmstÄ¼nde, insbesondere die Kriterien des [Ä§Ä 198 AbsÄ¼ 1 SatzÄ¼ 2 GVG](#), zu bestimmen ist (zB *BSG Beschluss vom 30.9.2021* [â□□Ä BÄ 10Ä Ä¼G 2/21Ä BÄ](#) *â□□ juris RdNrÄ 13*; *BSG Urteil vom 12.2.2015* [â□□Ä BÄ 10Ä Ä¼G 7/14Ä RÄ](#) *â□□ SozR 4-1720 Ä§Ä 198 NrÄ 10 RdNrÄ 38*). Zu den hierbei in den Blick zu nehmenden Besonderheiten kÄ¼nnen auch nicht im Verantwortungsbereich der Gerichte liegende sachliche GrÄ¼nde gehÄ¼ren, die im Einzelfall eine ungewÄ¼hnlich lange Ladungsfrist erforderlich machen. Terminierungs- und VerlegungswÄ¼nsche der spÄ¼teren EntschÄ¼digungsklÄ¼ger gehen regelmÄ¼ßig zu deren Lasten. Die Rechtsprechung anderer Gerichtszweige (vgl zB *BAG Beschluss vom 13.12.2017* [â□□Ä 5Ä AZA 84/17Ä](#) *â□□ juris RdNrÄ 13*; *BVerwG Urteil vom 14.11.2016* [â□□Ä 5Ä C 10/15Ä DÄ](#) *â□□ juris RdNrÄ 143*; *SÄ¼chsisches OVG Urteil vom 31.8.2021* [â□□Ä 11Ä F 24/19.EKÄ](#) *â□□ juris RdNrÄ 27*; *OVG Nordrhein-Westfalen Urteile vom 10.2.2017* [â□□Ä 13Ä D 74/15Ä](#) *â□□ juris RdNrÄ 50* und [â□□Ä 13Ä D 75/15Ä](#) *â□□ juris RdNrÄ 24*; *SÄ¼chsisches OVG Urteil vom 15.1.2013* [â□□Ä 11Ä F 1/12Ä](#) *â□□ juris RdNrÄ 32*; *OLG Karlsruhe Urteil vom 20.5.2021* [â□□Ä 16Ä EK 2/21Ä](#) *â□□ juris RdNrÄ 163*; *OLG Karlsruhe Urteil vom 20.5.2021* [â□□Ä 16Ä EK 1/21Ä](#) *â□□ juris RdNrÄ 132Ä f*; *OLG Frankfurt Urteil vom 14.1.2015* [â□□Ä 4Ä EK 3/14Ä](#) *â□□ juris RdNrÄ 51Ä ff*) steht dem nicht entgegen, weil diese ausgehend von den Eigenheiten der jeweiligen Verfahrensordnung und -praxis abweichenden Konzepten zur Bestimmung der noch angemessenen Verfahrensdauer folgen. Dies gilt gleichermaÄ¼en fÄ¼r das vom EntschÄ¼digungsgericht zitierte Schrifttum (*Roderfeld in Marx/Roderfeld, Rechtsschutz bei Ä¼berlangen Gerichts- und Ermittlungsverfahren, 2013, Ä§Ä 198 RdNrÄ 31*).

Ä

Im wieder eröffneten Entschädigungsverfahren wird hinsichtlich des Zinsanspruchs des Klägers schließlich noch zu berücksichtigen sein, dass die Rechtshängigkeit in Verfahren nach dem Siebzehnten Titel des GVG wegen eines überlangen Gerichtsverfahrens erst mit Zustellung der Klage eintritt ([§ 94 Satz 2 SGG](#)). Dieser Zeitpunkt sollte auch bei der Verurteilung eines Trägers öffentlichen Rechts zur Zahlung von Zinsen ab Rechtshängigkeit ([§ 291 Satz 1 BGB](#)) regelmäßig im Tenor angegeben werden.

Ä

41

Das Entschädigungsgericht wird schließlich auch über die Kosten des Revisionsverfahrens zu entscheiden haben.

Ä

42

3.Ä Der Streitwert für das Revisionsverfahren war nach [§ 197a Abs 1 Satz 1 SGG](#) iVm [§ 1 Abs 2 Nr 3](#), [§ 47 Abs 1 Satz 1](#), [§ 52 Abs 1](#) und [Abs 3 Satz 1](#), [§ 63 Abs 2 Satz 1 GKG](#) in Höhe des in der Revision streitigen Teils der dem Kläger zuerkannten Entschädigung festzusetzen.

Ä

Erstellt am: 07.07.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024